



Postfach 1133, 37162 Uslar Fürstenhagen, info@buergernetzwerk.energiewende.de

AK Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Bürgernetzwerk Energiewende, Postfach1133, 37162 Fürstenhagen

An die

Damen und Herren Abgeordneten

des Kreistags

der Landkreise Göttingen und Northeim

Datum 12.11.2014

Geplanter Windenergieerlass der Niedersächsischen Landesregierung

Sehr geehrte Frau Kreistagsabgeordnete,
sehr geehrter Herr Kreistagsabgeordneter,

die bis zu einer Presseveröffentlichung weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgten Planungen der Niedersächsischen Landesregierung zu einem Windenergieerlass stoßen auf erhebliche Bedenken bei den Bürgerinnen und Bürgern. Neben einer Vielzahl von Bürgerinitiativen in unserem Bundesland hat auch das Bürgernetzwerk Energiewende Niedersachsen – Hessen reagiert und dazu aufgefordert, Petitionen zu verfassen, um auf diese Planungen einwirken zu können, damit die Interessen der Bürgerinnen und Bürger angemessen berücksichtigt werden. Allein aus unserem Bürgernetzwerk sind ca. 100 Eingaben an den Präsidenten des Niedersächsischen Landtags abgesandt worden. Diese Eingaben kommen zum Großteil aus den Landkreisen Northeim und Göttingen.

Aus der Vielzahl von Kritikpunkten an den bisher bekannt gewordenen Planungen möchten wir hier zwei besonders herausgreifen:

- Der bewusste Verzicht, Abstandsregelungen zur Wohnbebauung festzulegen.
- Das Ausbauziel mit einer Verdoppelung der vorhandenen Anlagen.

Diese beiden beispielhaft genannten Punkte führen nicht nur dazu, dass in der Bevölkerung Ängste um die Gesundheit, die Lebensqualität, den Wertverfall von Immobilien und die Zerstörung der Umwelt bestehen. Ebenso stellt sich für weite Kreise der Bürgerinnen und Bürger die Frage, ob die Schutzinteressen der Bevölkerung in Niedersachsen einen geringeren Wert haben als in anderen Bundesländern, bei denen die Möglichkeiten der Länderöffnungsklausel aktiv gestaltet werden sollen.

Diese Punkte betreffen auch unmittelbar Ihre Arbeit im Kreistag: - Durch den bewussten Verzicht auf eine Gestaltungsmöglichkeit wird der „Schwarze Peter“ den Landkreisen und Kommunen zugeschoben. Sie als Abgeordnete und ggf. auch Ratsmitglied werden allein gelassen mit sog. „harten“ und „weichen“ Tabukriterien, mit Abstandsregelungen, die von Ort zu Ort unterschiedlich sind, mit der Frage, wie viel Fläche notwendig ist, der Windenergie „substanziell Raum“ zu gewähren. Am Ende werden Sie sich auch der Frage stellen müssen, ob Parlamente und

Bürgervertretungen in anderen Bundesländern dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger einen höheren Stellenwert zumessen, als in unserem Bundesland.

Das Bürgernetzwerk Energiewende Niedersachsen – Hessen bittet Sie daher, auch in Ihrem eigenen Interesse, auf die Niedersächsische Landesregierung einzuwirken. Die in unseren Augen notwendige Energiewende droht leider mangels Akzeptanz die Bevölkerung zu spalten und den sozialen Frieden zu gefährden. Die Energiewende hat Auswirkungen auf die folgenden Generationen. Ein Erfolg wird sie nur dann, wenn sie vom ganz überwiegenden Teil unserer Bürgerinnen und Bürger mit getragen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgernetzwerk Energiewende Niedersachsen – Hessen

Die Mitgliedsinitiativen

Im Auftrag

Schlieper